

## Die Zukunft der Altersvorsorge

**Am Informationsabend zur Altersvorsorge, den die EVP Thurgau organisiert hatte, bekamen gut zwei Dutzend Teilnehmende einen breiten Einblick in die komplizierte Materie. EVP-Nationalrätin Maja Ingold und Joel Blunier verstanden es, die Struktur und jetzige Situation von AHV und Pensionskassen (BVG) anschaulich und überzeugend darzustellen.**

Unser Drei-Säulen-Modell brauche wegen der Zunahme der älteren Generation zwar eine Revision, habe sich aber bewährt und sei fortzuführen. Blunier zeigte anhand von Grafiken, dass der geltende Umwandlungssatz (UWS) von 6,8% im obligatorischen Teil der Pensionskassen klar zu hoch ist und deswegen der überobligatorische Teil spürbar zurückgefahren werden muss. Damit sind die Renten der jüngeren Generation nicht mehr garantiert, diejenigen der mittleren Generation nur zum Teil. Einzig die Renten der jetzigen Bezüger sind gesichert. Eine Anpassung des UWS an die heutigen Verhältnisse ist zwingend. Geplant ist ein UWS von 6%, was einer Renteneinbusse von rund 12% entspricht.

Die aktuellen Knackpunkte in den Beratungen des Nationalrates legte Maja Ingold dar. Allen Parteien ist die Notwendigkeit einer raschen Revision bewusst. Das Ziel besteht darin, die Differenzbereinigung mit dem Ständerat in der Frühjahrssession abzuschliessen und die Vorlage dann zur Abstimmung zu bringen. Diese wird nötig, weil zur Finanzierung der AHV der Mehrwertsteuersatz angehoben werden soll. Im Vordergrund steht die Frage, welches Modell eher Erfolg haben wird in der Volksabstimmung. Das eine Modell sieht vor, die AHV zu stärken mit 70 Franken mehr Rente und 155% für Ehepaare statt wie bisher 150%. Das andere Modell will Massnahmen nur innerhalb der Pensionskassen vornehmen. Beide Modelle sorgen dafür, dass die Renten insgesamt nahezu gleich bleiben. Die Kosten tragen wir alle über die Mehrwertsteuererhöhung sowie leicht höhere Lohnprozente und BVG-Beiträge. Sollte keine Einigung in Bern erzielt oder die Vorlage in der Abstimmung abgelehnt werden, kommt der Steuerzahler zum Zug. Tiefere Renten und ein höheres AHV-Alter und damit eine deutliche Erhöhung der Sozialhilfekosten und der Ergänzungsleistungen wären die Folgen. Ingold und Blunier hoffen ausdrücklich, dass sich die federführenden Parteien CVP, FDP und SP einigen und das Volk dannzumal zustimmen wird. Ingold setzt die Priorität klar auf die Einigung und ist kompromissbereit bezüglich des Modells.

Regula Streckeisen, Präsidentin EVP Thurgau, Romanshorn